



Antifaschistische Bochumer Blätter

Nr. 1/2016

Information der VVN - Bund der Antifaschist*innen

Erinnerung, Feier und weiteres Engagement:

70 Jahre VVN in Bochum

„Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“ war die Losung der überlebenden Widerstandskämpferinnen, Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus, die am 26. September 1946 die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ Bochum gründeten.

Als überparteiliche Organisation wurde in der Satzung u. a. festgelegt, die politisch Verfolgten des Naziregimes, ihre Familien und Hinterbliebenen zu betreuen, die demokratische Entwicklung zu fördern und zur Enthüllung der faschistischen Verbrechen beizutragen.

Mit einer Veranstaltung am **Samstag, 24. September 2016**, ab 16:00 Uhr im ver.di-Gewerkschaftshaus (Universitätsstraße 76) will die VVN - BdA

an den Gründungstag und die vergangenen 69 Jahre erinnern. Auf der Jubiläumsveranstaltung soll eine Bilanz gezogen, der besondere Charakter unserer Organisation deutlich, aber auch gefeiert werden. Dabei sollen auch kulturelle Beiträge eine Rolle spielen. Außerdem sind weitere Aktionen geplant, auch die Ausstellung „Antifaschistischer Widerstand in Europa“ wird in Bochum gezeigt.



Kriegsursachen beseitigen, Rüstungsexporte stoppen, Atomwaffen ächten waren Forderungen auf dem diesjährigen Ostermarsch. Die Veranstaltungen und der Marsch (Foto Bochum-Werne) standen auch im Zeichen der Solidarität mit den Flüchtlingen.

Widerstand und Verfolgung:

Frauen in Bochum



Der antifaschistische Widerstand von Frauen und die Verfolgung, die Frauen erleiden mussten spielen in der Geschichtsschreibung eine zu geringe Rolle, auch in Bochum. Mühsam müssen Informationen und Dokumente zusammengetragen werden, wenn diese über-

haupt vorhanden sind. Einen Beitrag zur Erinnerung und Würdigung dieses Teils der Stadtgeschichte wollen wir in dieser Ausgabe unserer Zeitung leisten.

Siehe Seite 6, 7 und 8

Contra AfD:

Breites Bündnis

Ein breites Bündnis aus Politik, Gewerkschaften, Religionsverbänden und Zivilgesellschaft wendet sich unter dem Titel „Aufstehen gegen Rassismus“ gegen das Erstarken rechter Bewegungen in Deutschland. Das Bündnis verfolgt das Ziel gegen den öffentlich von der Partei AfD mitverursachten Rassismus einzutreten.

Fortsetzung auf Seite 5

6. Mai:

Gedenkrundgang

Auch in diesem Jahr findet ein Gedenkrundgang auf dem Friedhof Freigrafendamm statt, um an die Befreiung von Faschismus und Krieg vor 71 Jahren zu erinnern.

An den Gräbern von in Bochum umgekommenen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern und antifaschistischen Widerstandskämpfer sollen Blumen niedergelegt werden. Treffpunkt für alle, die teilnehmen wollen, ist am Freitag, 6. Mai, um 16.00 Uhr am Hauptingang des Friedhofes. Aufrufer sind der Club STERN in der Bochumer jüdischen Gemeinde, die VVN - BdA und Bochumer Bündnis gegen Rechts.

Veranstaltung der VVN - BdA:

Experten der Vernichtung

„Experten der Vernichtung – Voraussetzungen und Praktiken für den faschistischen Völkermord“ war das Thema einer Veranstaltung zu der die VVN - BdA Bochum im März eingeladen hatte. Die Buchautorin Dr. Sara Berger (Rom) informierte mit hoher Sachkenntnis und vielen Fakten über das Thema.



In den Vernichtungslagern der „Aktion Reinhardt“ (Belzec, Sobibor und Treblinka) wurden über anderthalb Millionen Juden, insbesondere aus Polen, aber auch aus anderen Ländern, mit Motorabgasen ermordet. Als besondere Experten für den Massenmord agierte eine Gruppe von 120 Männern, die zuvor in den Jahren 1940 und 1941 an der systematischen Ermordung von mehr als 70.000 Patien-

ten aus Heil- und Pflegeanstalten („Euthanasie“ – Aktion T4) beteiligt waren.

Unter den Opfern waren auch eine größere Anzahl Bochumer und Bochumerinnen. 33 von ihnen, die meisten von ihnen kamen über das Konzentrationslager Theresienstadt, wurden in Treblinka ermordet. In Sobibor kamen 52 und in Zamosc/Belzec 63 Menschen aus unserer Stadt durch Vergasung ums Leben.

Ein Trauerspiel war die Verfolgung der bundesdeutschen Justiz im Nachkriegsdeutschland. Nur wenige Täter wurden, meist mit geringen Strafen, zur Rechenschaft gezogen.

Es war für die VVN eine besondere Freude, dass mit Sara Berger eine Tochter unseres, vor einigen Jahren verstorbenen, 2. Vorsitzenden Lutz Berger und seiner heute noch aktiven Frau Marianne zu diesem Thema referierte. Die Veranstaltung wurde von Bochum gegen Rechts und vom BoFo unterstützt.

Sara Berger: Experten der Vernichtung: Das T4-Reinhardt-Netzwerk in den Lagern Belzec, Sobibor und Treblinka (Studien zur Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts)



Vortrag und Präsentation von Felix Oekentorp:

Menschen fliehen nicht ohne Grund!

Am 29.1.2016 hielt Felix Oekentorp, Landessprecher der DFG-VK und Sprecher der AntiFa Wattenscheid, zum o. g. Thema einen mit einer Power-Point-Präsentation unterstützten Vortrag.

Er erläuterte die aktuelle Flüchtlingssituation und sprach über die Ursachen der Flucht. An den gut besuchten Vortrag von Felix Oekentorp schloss sich eine

rege und intensive Diskussion an. Die Power Point Präsentation von Felix kann im Internet unter: vvn-bda-bochum.de/archives/15008 aufgerufen werden.

Zwei Bürgerwehren und Anträge auf einen Waffenschein

Im Bereich der Kreispolizeibehörde Bochum (Bochum, Herne und Witten) ist die Anzahl der Anträge auf einen kleinen Waffenschein drastisch gestiegen. Auch ist der Polizei im Stadtgebiet von Bochum die Tätigkeit von zwei sog. Bürgerwehren bekannt. Diese Informationen sind in einer Verwaltungsmittelteilung vom 27. Januar 2016 enthalten.

Die hohe Anzahl von neuen Anträgen für den kleinen Waffenschein ist beängstigend. Waren es im Jahr 2012 „nur“ 96 Anträge, stieg die Anzahl der Neuanträge im Jahr 2015 auf 212. Allein im Januar und Februar 2016 aber lagen der Polizeibehörde schon unglaubliche 1.267 Anträge vor. Nach einem Zeitungsbericht aus dem Jahr 2012 gab es in Bochum, Herne und Witten rund 10.000 Waffenbesitzer. Auch die Verstöße gegen das Waffengesetz sind seit 2012 um 1/3 gestiegen. Im Jahr 2015 weist die Polizeiliche Kriminalstatistik 158 Verstöße aus. Der Monat Dezember ist in dieser Aufstellung noch nicht enthalten.

Die Polizeibehörde bestätigt auch die Tätigkeit von zwei sog. Bürgerwehren im Bochumer Stadtgebiet. Während die Langendreerer Bürgerwehr vornehmlich im Internet tätig ist, werden in Wattenscheid „auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen“ auch „Streifengänge“ durchgeführt. Die Ergebnisse der Anfrage der Sozialen Liste sind alarmierend. Die große Anzahl von Waffen in privater Hand sind kein Beitrag zur Erhöhung der Sicherheit in unseren Städten, im Gegenteil drohen US-amerikanische Verhältnisse. Das eine Gruppe mit einem NPD-Funktionär an der Spitze auf öffentlichen Plätzen und Straßen Streife“ laufen kann ist gänzlich unerträglich.



Waffenfunde in Bayern

Umstritten in Werne:

Volkstrauertag und Kyffhäuserbund

Kritik an der Ausrichtung des Volkstrauertages in Bochum-Werne gibt es schon lange. Mit dem Rückzug des CVJM-Posaunenchores von der Mitwirkung an der jährlich im November stattfindenden Veranstaltung ist die Auseinandersetzung wieder stärker in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt. Bei den Mitgliedern des Posaunenchores „gärte es schon lange“. Jetzt zogen sie sich zurück, weil der „Rahmen“ nicht mehr stimmte.

Dabei ist die Kritik besonders an der Mitwirkung der Kyffhäuserkameradschaft und an militärischem Gehabe schon seit vielen Jahren auch über Werne hinaus bekannt. Hintergrund ist auch, dass sich der Kyffhäuserbund 1933 zu Adolf Hitler bekannte und zum „Deutschen Reichskriegerbund Kyffhäuser“, 1938 zum „NS-Reichskriegerbund Kyffhäuser“, wurde.

der Nazi-Wehrmacht und SS-Führern der Verein neu gegründet werden.

Antifaschistische Initiativen und Zeitungen berichteten immer wieder von Verbindungen von Neonazis mit Kyffhäuserkameradschaften und deren Teilnahme am Sportschießen.

Eine kritische Auseinandersetzung des Kyffhäuserbundes mit seiner Nazi-Vergangenheit hat offensichtlich bis



2002 zur Einweihung des zurückgebauten Denkmals angebrachte Tafel in Werne:
„Wer vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird am Ende blind für die Gegenwart.
Richard von Weizsäcker“

Nach der verlorenen Schlacht bei Stalingrad löste Hitler die Reichsleitung des Kyffhäuserbundes auf. Die lokalen Gruppen wurden in der Endphase des Krieges in den Volkssturm überführt. 1945 wurde der Kyffhäuserbund von den Alliierten verboten. Im Zuge der Restauration konnte auf maßgebliche Initiative von ehemaligen Offizieren

heute nicht stattgefunden. Wie notwendig diese ist, zeigte ein Sprecher der „Kyffhäuser- und Sportschützenkameradschaft Bochum-Werne 1871“ in einer Meinungsäußerung in der WAZ Bochum-Ost Ende 2015, als er die jahrelange Nähe des Kyffhäuserbundes zum Naziregimes leugnete.

(sing)

Mitglied werden –
VVV - BdA Bochum

Nicht vollstreckt:

Haftbefehle gegen 372 rechte Gewalttäter

Jahrelang konnte das Neonazinetzwerk »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU) ungehindert morden.

Die Zahl rechter Gewalttaten in Deutschland und damit die ihrer Opfer steigt kontinuierlich. Doch Hunderte kriminelle Neonazis laufen frei herum. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung vom Januar 2016 auf eine Anfrage der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen hervor. Danach waren am Stichtag, dem 15. September 2015, insgesamt 450 Haftbefehle gegen 372 rechte Straftäter nicht vollstreckt worden. Genaue Gründe sind dem Zahlenwerk nicht zu entnehmen. Entweder sind die Verbrecher untergetaucht – oder sie werden trotz bekannten Aufenthalts nicht hinter Schloss und Riegel gebracht.

Seit 2012 stieg die Zahl der nicht vollstreckten Haftbefehle gegen Neonazis um mehr als das Dreifache an. Laut Bundesregierung kamen damals 110 Täter trotz entsprechendem Urteil nicht ins Gefängnis, 2013 waren es schon 266 und im darauffolgenden Jahr 268. Der Antwort ist weiter zu entnehmen, dass es sich meist um Mehrfachtäter handelt. Wie bei den bekannten mutmaßlichen Mitgliedern des NSU wechselten die begangenen Delikte zwischen Raub, Überfällen und rassistischen Angriffen. Konkret gehe es vor allem um Diebstahl, Betrug, Bankraub, schwere Körperverletzung bis hin zum Totschlag. Von entschlossener Verfolgung rechter Gewalt, wie sie 2011 nach dem Bekanntwerden des NSU von Verfassungsschützern, Bundes- und Landespolitikern und -beamten beschworen worden war, ist man also weit entfernt.

Erst kurz zuvor hatte die Bundesregierung erklärt, dass es im vergangenen Jahr bis Mitte November 1.610 Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte gegeben habe. Gegenüber 2014 sei dies ein Anstieg um 40 Prozent. Insgesamt wird auch hier deutlich: Die Polizei tappt in vielen Fällen im Dunkeln. Von ermittelten 5.970 Tatverdächtigen hatte sie lediglich 151 festgenommen, und das auch nur vorläufig. Gerade einmal neun Haftbefehle seien ausgestellt worden.

(JW)

Hoffnungslos?

Flüchtlinge in Bochum

Für viele Flüchtlinge sieht die Situation in Bochum äußerst triste aus: Die meisten wohnen in Massenunterkünften mit so gut wie keiner Privatsphäre und keinen Möglichkeiten, ein halbwegs menschenwürdiges Leben zu führen. Ein konservativer, aber humanistischer Helfer: Das ist Käfighaltung. Gäbe es die zahlreichen „Ehrenamtlichen“ nicht, würde monatelang gar nichts passieren.

Morgens, mittags und abends essen, sonst starrt „man“ an die Decke oder aufs Smartphone, um irgendeine gute Nachricht von den Zurückgebliebenen im Heimatland zu erhalten. Wenn viele Menschen auf engstem Raum zusammenleben, muss es notwendigerweise zu Aggressionen kommen. Dass alles bisher relativ friedlich bleibt, ist sehr erstaunlich! Und das, obwohl durch die Behörden eine Hierarchisierung der Flüchtlinge in mehr willkommen bis unwillkommen vorgenommen wird, die auch zu Konflikten führen.

Skandalös: Dem Helfer*innenkreis der Flüchtlinge in der Turnhalle in Laer wurde monatelang gesagt, dass in das neue große Flüchtlingslager für fast 500 Menschen auch Familien mit Kleinstkindern kommen werden. Als sie Anfang Januar da waren, wurden in

SOS-Schreiben die „Ehrenamtlichen“ gebeten, schnell Windeln, Milchpulver, Babynahrung und sonstige überlebenswichtige Dinge zu spenden. Dieser Zustand dauerte über einen Monat. Die Deutschkurse sind hoffnungslos überbelegt, es fehlt an Räumen und Lehrer*innen. Überhaupt: Es gibt weder für die Kinder einen Zeltteil als „Kindergarten“ noch gibt es Unterricht für schulpflichtige Kinder, noch gibt es einen Kommunikationsraum – z.B. um Unterricht zu machen. Nach Ostern sollen allerdings 20 Kinder zur Schule geschickt werden. Wegen aller notwendigen Schulutensilien vom Tornister bis zu Heften wird wieder um Spenden gebeten. Wofür ist die Stadt oder die Träger eigentlich verantwortlich?

Ein Zelt für medizinische Untersuchungen sucht „man“ vergebens.

Demonstrieren Flüchtlinge für ihre Menschenrechte und berichtet die Bochumer Zeitung darüber, gibt es hasserfüllte, Pegida-nahe Leser*innenbriefe, welche Unverschämtheiten die fremden „Gäste“ öffentlich zeigen statt Tag und Nacht dankbar zu sein, dass der deutsche Steuerzahler sie durchfüttert. Beschweren sich die Flüchtlinge darüber, dass es dauernd Toastbrot gibt statt z.B. Fladenbrot oder dass es wöchentlich Königsberger Klopse und dicke Bohnen gibt statt irgendein arabisches Essen, ist die rassistische Aufregung groß. Und die Zeitung druckt die Briefe! Eigentlich müsste die Zeitung den GG Art. 1 (Die Würde des Menschen ist unantastbar) drucken und darauf hinweisen, dass lt. Genfer Flüchtlingskonvention Flüchtlinge mit vielen Rechten ausgestattet sind und eben keine Gäste sind. Integration und Willkommenskultur von Seiten der Stadt, des Landes, des Bundes muss anders aussehen.

Eine Kameradin der VVN - BdA betreut eine Romni, also eine Roma-Frau, aus Mazedonien.

Obwohl es eine intensive Unterstützung u.a. von einem SPD-Landtagsabgeordneten, einer Anwältin und wichtigen Begleitern zu offiziellen Anhörungen gibt, wird die psychisch kranke und durch Vergewaltigen traumatisierte Frau wahrscheinlich ins Land ihrer Peiniger abgeschoben. „Man“ wundert sich, welche Länder, in denen Terror und Krieg herrschen, inzwischen durch die große Weisheit der Bundesregierung und der ihr hörigen Bundestagsmehrheit „sichere Herkunftsländer“ genannt werden.

Carola Horn/Wolfgang Dominik



Impressum

Herausgeberin: Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, Kreisvereinigung Bochum. **V.i.S.d.P.:** Günter Gleising, 44795 Bochum. **Druck:** Copypoint Bochum. **Satz:** Anke.Pfromm@ruhrecho.de. **Auflage:** 1.000. **Konto:** Sparkasse Bochum, IBAN: DE21 4305 0001 0046 3097 46, BIC: WELADED1BOC. **Internet:** www.vvn-bda-bochum.de. **eMail:** info@vvn-bda-bochum.de. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.



Aus Bochum

Ich habe heute aufmerksam die Antifaschistischen Blätter gelesen. Dabei bin ich auf das Buchenwaldlager an der Brüllstraße gestoßen.

Ich bin in Stahlhausen aufgewachsen und war 11 oder 12 Jahre. Zwischen der Bessemer Straße und dem Hauswarengeschäft Schneider war ein Lager von Eickhoff oder Mönninghoff. Dort wurden französische Kriegsgefangene untergebracht.

Später wurden diese in die Drusenbergschule verlegt. Nun kamen dort russische Kriegsgefangene hinein. Man sah sie am späten Nachmittag die Alleestraße hinauf gehen. Ein deutscher Zivilist mit einem Gewehr folgte ihnen. Meine Beobachtungen endeten im Mai 1943 da bin ich nach Bayern in ein KLV-Lager gekommen. *Edeltraut K.*



*Französische Kriegsgefangene auf der Alleestraße 1940 (siehe Leser*innenbrief links)*

Aus London

„Ich schreibe aus London. Obwohl ich lange in Deutschland lebte und arbeitete (1960 – 1993). Leider ist mein schifftliches Deutsch nicht mehr was es mal war!“

Ihre Website ist hoehchst interessant. Ich kenne Bochum. In 1962 heiratete ich Georg Frenz (später Rechtsanwalt) den ältesten Sohn von Dr. Georg Frenz, der mit seiner Familie auf der Kohlenstraße lebte. Er war Arzt. Seine Praxis lag auf der Alleestraße nicht allzu weit von Bochumer Verein.

Während des Krieges hat mein Schwiegervater Nachts die Zwangsarbeiterbaracken besucht um die Zwangsarbeiter dort zu behandeln. Er hat auch Juden die versteckt lebten besucht und behandelt.

Die Arbeit die Sie leisten um diese Geschichte zu dokumentieren ist sehr wichtig. Dafür wünsche ich Ihnen alles, alles Gute.

Moya St. L., London

Sowjetisches Denkmal

Der Beitrag über das ehemalige sowjetische Denkmal auf dem Freigrafendamm (...wir Älteren erinnern uns..., und das ist in diesem Fall keine Floskel!) hat mich in Verbindung mit der Rede von Bundespräsident Gauck auf der Gedenkfeier für die sowjetischen Gefangenen, die in Holte-Stukenbrock ums Leben kamen zu einem Leserbrief an die WAZ-Redaktion veranlasst:

...In Bochum wurde 1946 auf dem Zentralfriedhof „Freigrafendamm“ ein Denkmal errichtet, das an die mehr als 1.500 sowjetischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter/-arbeiterinnen erinnerte, die während des Krieges in Bochum starben...

Dieses Denkmal wurde in die Obhut der Stadt Bochum gegeben. Diese veranlasste 1953 eine Umsetzung vom Eingangsbereich auf einen abseits gelegenen Platz innerhalb des Friedhofes. 1964 wurde es endgültig abgerissen. „Volkes Meinung“ hatte sich durchgesetzt. 1952 formuliert u. a. Bürgermeister Josef Schirpenbach (CDU): „—dieses durch die Besatzungsbehörde errichtete Denkmal nicht unseren Empfindungen entspricht und möglichst schnell beseitigt werden sollte“. Wie man sieht, auch in Bochum sind die Erinnerungsschatten sehr lang und dunkel...

W. M. Bochum

Schicksalsort Gefängnis Bochum

Opfer der NS-Justiz in der Krümmede: Ab dem 17. Juni wird im Stadtarchiv die Ausstellung über NN-Gefangene („Nacht und Nebel“-Inhaftierte) gezeigt. Widerstandskämpfer aus den von den faschistischen Armeen besetzten westeuropäischen Ländern wurden nicht selten in die Krümmede gebracht. Kommunisten, Sozialdemokraten, Zentrumsmitglieder, Zeugen Jehovas, Homosexuelle und Geistliche kamen hinzu. Nicht wenige wurden im Bochumer Gefängnis zu Tode gequält. 60 Porträts von politischen Gefangenen in Bochum von 1933 – 1945 zeigt die Ausstellung, die von Alfons Zimmer vorbereitet wurde.

NRW 2015:

2.340 rechtsextreme Straftaten

Insgesamt 2.340 rechtsextreme und ausländerfeindliche Straftaten sind im vergangenen Jahr in Nordrhein-Westfalen registriert worden.

Das hat die Bundesregierung auf Anfragen jetzt mitgeteilt. Dabei handelt es sich allerdings um vorläufige Zahlen, die von der für 2015 noch nicht veröffentlichten amtlichen Statistik abweichen können. Demzufolge wurden in NRW 161 Gewalttaten von Rechts festgestellt und 2.179 sonstige Straftaten mit dieser politischen Motivation.

Widerstand und Verfolgung:

Frauen in Bochum

Der Widerstand gegen das Naziregime und den Krieg, den Bochumer Frauen leisteten, ist bedeutend, erfährt aber bis heute nur eine ungenügende Beachtung. Die folgende kleine Zusammenstellung soll für dieses Thema sensibilisieren. Da das Thema aber viel umfangreicher ist, wollen wir auch zu einer vertiefenden Beschäftigung und Forschungsarbeit zu dem Thema aufrufen.

Auf der Liste der „langjährig Inhaftierten“ der VVN - Bochum aus dem Jahr 1948 befindet sich z. B. **Klara Flentje**. Sie wohnte in Langendreer und wurde sechs Jahre eingekerkert. **Berta Nikolaus**, geb. Böhm, auf der Vereinsstraße wohnend, wurde für ihre Unterstützung von antifaschistischen Aktionen im Frühjahr 1933 vom OLG Hamm zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. **Emilie Schröder**, geb. Walter, **Irmgard Heise** und **Luise Kölsch**, geb. Buttgerit, alle aus Stahlhausen, wurden wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ angeklagt. Sie hatten sich an der Herstellung und Verbreitung von Schriften mit antifaschistischem Inhalt beteiligt. Am 14. November 1936 verurteilte das OLG Hamm Luise Kölsch zu 2 Jahren und 3 Monaten Zuchthaus, Irmgard Heise zu einem Jahr und neun Monaten Gefängnis und Emilie Schröder zu fünf Monaten Gefängnis.

Gertrud Nattermann, geb. Heider, wohnte auf der Malteserstraße. Im Einzugsbereich des Bochumer Vereins lebend, wurde sie im November 1933

verhaftet. Sie gehörte der kommunistischen Widerstandsgruppe „Masgowitz/Eger“ an. Am 3. August 1934 wurde sie und 10 weitere Angeklagte wegen Fortsetzung eines „organisatorischen Zusammenhangs“ vom OLG Hamm zu insgesamt 11 Jahren Haft verurteilt. Einige Zeit nach ihrem Haftende beteiligte sich Gertrud Nattermann erneut an Widerstandsaktionen gegen das Naziregime. Zusammen mit Christine Schröder und 60 weiteren Personen wurde sie im Herbst 1936 von der Gestapo verhaftet und später verurteilt. Mit insgesamt vier Jahren Zuchthaus musste Gertrud Nattermann ihr antifaschistisches Engagement bezahlen.

Hedwig Kunold, geb. Krollmann (1907 – 1982) war in der kommunistischen Jugend aktiv und auch Kassiererin ihrer KPD-Gruppe. Ihre Wohnung wurde Anfang 1933 mehrfach von Nazis durchsucht. Hedwig Kunold und ihr Mann wurden ins Polizeigefängnis verschleppt. Während Hedwig nach vier Wochen entlassen wurde,

brachten die Nazis Karl ins Konzentrationslager Oranienburg bei Berlin. Im September 1933 verhaftete die Gestapo Hedwig Kunold und stellte sie unter Anklage: „Vorbereitung zum Hochverrat“. Zu einem Jahr und zwei Monaten verurteilt, kerkerten die Nazis die junge Frau ins Frauengefängnis Anrath bei Krefeld ein. Bis ins hohe Alter blieb sie ihrer Gesinnung treu und war auch Mitglied in der VVN.

In die Fänge der Nazis geriet auch **Luise Wolfram**, geb. Stückrath, als die große Widerstandsgruppe Pöppe/Schmit Franz 1943 von den Nazis entdeckt werden konnte. Durch geschicktes Verhalten von ihrem mitverhafteten Mann Jakob und anderen, gelang es bei den Polizeiverhören den Eindruck zu erwecken, dass Luise als „häusliche und wirtschaftliche Frau“ nicht an „strafbaren Handlungen“ beteiligt gewesen sei. Sie musste freigelassen werden.

Anne Kappius, geb. Ebberts (1906 – 1956) war schon als Kind in der SAJ tätig und engagierte sich später im Internationalen Sozialistischen Kampfbund. Im Jahr 1933 ging sie nach Berlin, um der Verfolgung in Bochum zu entgehen. Sie unterstützte nun von dort aus eine vielfältige antifaschistische Widerstandsarbeit. Auch wurde von ihr für auf der Flucht befindliche Genoss*innen Unterschlupf besorgt und der weitere Fluchtweg organisiert. Im November 1939, als ihre Entdeckung durch die Gestapo drohte, floh sie in die Schweiz, beteiligte sich aber weiterhin (mit einem gefälschten Pass) an der Arbeit und leistete Kurierdienste. 1945 kehrte sie nach Bochum zurück und setzte ihre Arbeit, solange es gesundheitlich ging, in der SPD fort.

Auf der Totenliste der VVN - Wattenscheid von 1948 findet sich der Name **Martha Wink** (1921 – 1945). Schon als Kind, der Vater war aktiver Kommunist, bekam Martha politische Diskussionen und Kämpfe mit. Sie war elf Jahre alt, als Hitler am 30. Januar 1933 die Macht übertragen bekam und sich

Preußische Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle
für den Regierungsbezirk Arnsberg

Dortmund-Fürde, den 9. 10. 1936.
Bennighoferstraße 16
Sternsprecher: Nr. 40651 - 53

B.-Nr. II L - Nr. 66
Bitte in der Antwort vorliegendes Befehlsschildchen und Datum anzugeben.

Betr.: Tagesrapport.
Vorg.: Erlass vom 9.4.1936 - II 1 Ber. 540/36 geh. -

A. Kommunistische Bewegung
für Tgmlieg. verw.

Festnahmen:
Wegen Verdachts der Vorbereitung zum Hochverrat wurden festgenommen:

- Nattermann, Gertrud, geb. Heider, geb. am 11.8.83 zu Stoppenberg-Essen, wohnhaft in Bochum, Malteserstrasse 34,
- Schröder, Christine, geb. Giboni, Ehefrau, geb. am 6.9.1900 zu Bochum, wohnhaft in Bochum, Maxstr. 1,
- Springer, Karl, Arbeiter, geb. am 30.3.1895 zu Rauschgen, wohnhaft in Bochum, Markstr.406,
- Scheidereit, Max, Metallputzer, geb. am 4.7.99 zu Gerhardtswalde, wohnhaft in Bochum, Friedrich-Harkertstr. 26,
- Senf, Hermann, Kranführer, geb. am 28.3.1900 zu Usdau, wohnhaft in Bochum, Henriettenstr. 35.

Widerstand und Verfolgung: Frauen in Bochum

auch ihre Lebensbedingungen veränderten. Ihre Wut und Verbitterung über das Naziregime und den Krieg kamen bei einem Treffen mit einem bekannten Soldaten im Herbst 1943 in einem Bochumer Cafe zum Ausdruck, als Martha sich so laut äußerte, dass sie noch im Cafe verhaftet wurde. Vom Gefängnis im Polizeipräsidium wurde sie ins Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück gebracht, wo sie am 29. Januar 1945 starb.

An **Elisabeth Sievers** erinnert ein Kissenstein auf der Ehrenstätte für Verfolgte aus dem sozialdemokratischen Spektrum auf dem Friedhof Freigrafendamm. Elisabeth Sievers kam wohl Mitte der 1930er Jahre ins Konzentrationslager. Am 1. April 1942 starb sie

im Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück, ihre Urne wurde wenig später in Bochum beigesetzt. Als 1967 die „Ehrenstätte für politisch Verfolgte“ geschaffen wurde, erfolgte die Umbettung der Urne von Elisabeth Sievers hierhin. Die Gedenkstätte besteht aus 19 Urnengräber und einem Gedenkstein für Fritz Husemann.

An **Terka Cisllag** (1867 – umgekommen im Konzentrationslager Theresienstadt) erinnert seit 2004 ein Stolperstein. Terka Cisllag, in Ungarn geborene Jüdin, war seit 1919 Mitglied im Ensemble des Bochumer Schauspielhauses. Sie spielte zahlreiche klassische Rollen in den vom Bürgertum so geschätzten Shakespeare- und Goethe-Wochen. Dabei kam immer wieder ihr „unzerstörbares Temperament, das sie ihrer jüdischen Herkunft“ verdankte, zum Ausdruck, wie eine Bochumer Lokalzeitung schrieb. Mit 65 Jahren nahm sie ihren Abschied und zog sich ins Privatleben zurück, blieb aber in der Nähe zum Schauspielhaus wohnen. Zu vermuten ist, dass dieser Abschied auch wegen der zugespitzten politischen Lage und der zunehmenden Feindlichkeit jüdischen Menschen gegenüber erfolgte. Jedenfalls wurde auch Terka Cisllag Opfer der Ausgrenzung und Verfolgungsmaßnahmen der Nazis. Im Jahr 1942 wurde sie zwangsweise in das „Judenhaus“ an der heutigen Franzstraße einquartiert. Wenig später ins Konzentrationslager Theresienstadt überführt, fand sie hier den Tod. Man geht heute davon aus, dass sie den Suizid der Ermordung vorgezogen hat.

Auch an **Elfriede Salomon** (geb. 1883 – umgekommen im Konzentrationslager Ghetto Riga) erinnert ein Stolperstein. Die Mutter von drei Kindern hielt die Familie zusammen, die auf der Brückstraße eine Metzgerei und Gaststätte betrieb. Hier kauften Familien aus der südlichen Innenstadt ein und Arbeitersportvereine und bürgerliche Vereine sorgten für Leben in der Gaststätte. Ab 1933 wurde die Familie Opfer der Ausgrenzung und Rassenpolitik der Nazis. Die Geschäfte mussten aufgegeben werden und die Familie wurde auseinandergerissen. Elfriede Salomon und ihr Mann Georg wurden Anfang der 1940er Jahre de-



portiert und sind im Konzentrationslager Ghetto Riga erschossen worden. Elfriedes Sohn Alfred überlebte das Konzentrationslager Auschwitz und war einige Zeit zweiter Vorsitzender der neuen Bochumer Jüdischen Gemeinde und lange Jahre Mitglied der VVN.

Appolonia Pfaus (1878 – 1944) gehörte zur Gruppe der Sinti und Roma und hatte schon als Kind Demütigung und Unterdrückung kennengelernt. Sie lebte in Bochum mit dem Sinto Josef Winter zusammen und schenkte 11 Kindern das Leben. Die Sinti und Roma wurden von ihren Standplätzen vertrieben, mussten zwangsweise sesshaft werden, waren aber in besonderer Weise Ziel der perversen Rassenpolitik der Nazis ausgesetzt. Appolonia Pfaus lebte bei ihrem vierten Sohn, Peter. Am 21. Oktober 1943 wurde sie verhaftet und mit der Familie ihres Sohnes nach Auschwitz deportiert. Appolonia Pfaus fand am 12. Mai 1944 im „Zigeunerlager Auschwitz-Birkenau“ den Tod. Es ist der verdienstvollen Arbeit unseres langjährigen zweiten Vorsitzenden, Lutz Berger, zu verdanken, dass das Schicksal und die Verfolgung der Sinti und Roma viele Jahre später erforscht wurde und im Jahr 2004 ein Park an der Windmühlenstraße hinter dem BVZ als „Appolonia-Pfaus-Park“ benannt und ein entsprechendes Schild aufgestellt wurde.

(sing)

Weitere Infos:

www.VVN-Bochum.de

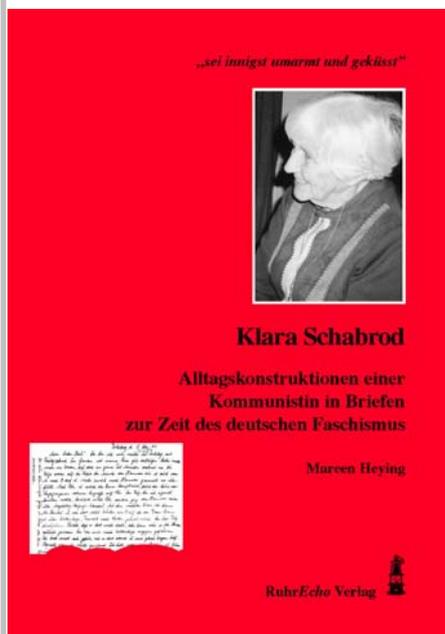
www.Stolpersteine.bochum.de

„Wider das Vergessen – Widerstand und Verfolgung Bochumer Frauen und Zwangsarbeiterinnen 1933 – 1945, Hg. Projektgruppe des Frauenverband Courage Bochum, Bochum 2008

Anzeige

Im RuhrEcho Verlag erschienen

Geschichte des Ruhrgebietes –
Literatur der Arbeiterbewegung
Geschichte der Arbeiterbewegung –
Literatur des Ruhrgebietes



Mareen Heying.

„sei innigst umarmt und geküsst“

Klara Schabrod

Alltagskonstruktionen einer
Kommunistin in Briefen zur Zeit des
deutschen Faschismus

136 Seiten, zahlreiche Fotos und Briefe
ISBN 978-3-931999-20-9, **8,50 Euro**
Weitere Infos unter: www.ruhrecho.de
Bestellungen: bestellung@ruhrecho.de

Frauen in Bochum: Eine Straße nach Christine Schröder benennen

Die VVN - BdA Bochum setzt sich dafür ein, eine Straße nach Christine Schröder zu benennen. Christine Schröder war Widerstandskämpferin gegen den Faschismus, Sozialpolitikerin und langjährige Vorsitzende der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) in Bochum. Das Leben, Kämpfen und Wirken von Christine Schröder ist bis heute ein Beispiel vor allem auch für jüngere Menschen.

Ein Portrait:

*Christine Schröder
Geb. 1900, gest. 1980*



Die langjährige Vorsitzende prägte die Arbeit, das Ansehen und die Ausstrahlungskraft der VVN in Bochum über viele Jahre. Christine Giboni wurde am 6. September 1900 in Bochum geboren und heiratete 1919 den Bergmann Franz Schröder. Beide wurden in der kommunistischen Bewegung aktiv.

Mit der Errichtung des Naziregimes 1933 begann für Christine Schröder

der die politische Verfolgung. Im Sommer 1933 wurde sie erstmals für 27 Tage von den Nazis im Konzentrationslager Papenburg, Lager Neusüstum, inhaftiert. Eine zweite Verhaftung folgte im April 1934. Trotzdem beteiligte sie sich weiter an der antifaschistischen Widerstandsarbeit, getragen von der Solidarität ihrer Freunde und der Hoffnung, etwas gegen den Terror der Nazis und die Kriegsvorbereitungen tun zu können. Im Zuge der Aufdeckung einer großen Widerstandsgruppe aus Bochum, Essen, Herne und Wattenscheid durch die Gestapo wurde auch Christine Schröder verhaftet.

Viele Nazigegner*innen wurden misshandelt. Karl Springer aus Bochum und Bruno Klier aus Essen wurden von Nazis im Bochumer Polizeigefängnis erschlagen.

Wie viele andere auch musste Christine Schröder ins Zuchthaus. „Vorbereitung zum Hochverrat“ nannte das OLG Hamm ihre Tätigkeit gegen Hitler im Urteil vom 10. April 1937. Erst nach 18 Monaten wurde sie aus dem Frauenzuchthaus Ziegenhain (Hessen) entlassen.

Jedoch: Einsperren konnten die Nazis Christine Schröder, brechen aber konnten sie sie nicht. Vorsichtig beteiligte sie sich an Diskussionen, hielt Kontakt vor allem zu Widerstandskämpfern auf dem Bochumer Verein und leistete Kurierdienste.

Christine Schröder wurde sofort in der VVN Bochum aktiv, die 1946 gegründet worden war. Sie wollte mithelfen, dass die Lehren aus Faschismus und Krieg gezogen werden. 1949 wurde sie auf der Liste der KPD auch in den Rat der Stadt Bochum gewählt. Im Kreissonderhilfsausschuss trug sie dazu bei, die Not in den Nachkriegsjahren zu lindern. Am 7.9.1947 zur stellv. Vorsitzenden der VVN - Bochum gewählt, wurde sie 1952 Vorsitzende der Organisation und blieb es bis 1966. Im Jahr 1956 wurde Christine Schröder im Zuge des KPD-Verbots ihr Amt als Stadtverordnete aberkannt.

Neben der politischen Tätigkeit war Christine Schröder unermüdlich tätig, um im Büro der VVN auf der Hofsteder Straße Wiedergutmachungsanträge zu schreiben und Naziverfolgten zu helfen. Sie gab ihr Wissen um und ihre Erfahrungen über den Faschismus weiter. Ihre Berichte waren bei Jugendlichen wie Erwachsenen gefragt. Weggefährter*innen schilderten sie als herzliche, lebenslustige und kämpferische Frau. Mehrere Herzinfarkte hatten ihrer Gesundheit zugesetzt. Trotzdem blieb sie bis ins hohe Alter am gesellschaftlichen und politischen Leben und der Arbeit der VVN sehr interessiert.

1978 wurde Christine Schröder die Ehrenmedaille des Deutschen Widerstandes verliehen.

(sing)

Zum Bericht über die Stele in Langendreer in den letzten ABB

Ergänzungen

Leider ist bei einigen Leser*innen der Eindruck entstanden, als sei die Stele von der VVN - BdA Bochum initiiert und gespendet worden. Diesen Eindruck wollte die Redaktion der ABB überhaupt nicht vermitteln.

Tatsächlich ist die Stele in Langendreer Bestandteil eines Projektes der Evangelischen Stadtakademie, die es sich – in Kooperation mit unterschiedlichen Partnern - u.a. dem Verein „Erinnern für die Zukunft e.V.“ – zur Aufgabe gemacht hat, an Geschichte und Gegenwart der Juden in Bochum zu erinnern.

Vorstand der VVN - BdA Bochum

Wahlfälschung

Pro NRW verurteilt

Zwei Mitglieder der rechtsradikalen und rassistischen Partei Pro NRW sind vom Bochumer Amtsgericht verurteilt worden, weil sie bei der Kommunalwahl 2014 Urkunden gefälscht, Stimmen gekauft und Kandidaten getäuscht haben.

So hatte der Kreisvorsitzende und die Nummer zwei auf der Wahlliste von Pro NRW mehreren Bochumer Bürgern Geld für eine Unterschrift gezahlt. Zwei von ihnen haben je 20 Euro erhalten und wurden zur Kandidatur in einem Wahlkreis angemeldet. Zu fragen ist, ob dieses Urteil und der Stimmenkauf von Wähler*innen und Kandidat*innen Auswirkungen für die Zusammensetzung des Bochumer Rates hat und ob dem Ratsmitglied und den Bezirksvertretern von Pro NRW ihre Mandate aberkannt werden kann?

Der Mob ist los

In der Silvesternacht 2015/16 musste ganz Deutschland mit Entsetzen wahrnehmen, dass es doch tatsächlich in Deutschland sexuelle Gewalt gegen Frauen gibt. Das war vielen Medien und Politiker*innen absolut neu.

Der Justizminister sprach sofort, ohne dass irgendwer wusste, was denn genau passiert war, von „Zivilisationsbruch“. (Übrigens galt dieses Wort bis zu Maas als Begriff für die Shoah!). Und wer war jetzt verantwortlich? Deutsche Männer konnten das unmöglich sein, die sexuelle Übergriffe gegen Frauen ausübten, denn die tun so was nicht. Also war es der „arabische Sex-Mob“. Gut, in den nächsten Tagen kam heraus, dass sich betrunkene staatenlose Männer, vielleicht auch aus Nordafrika, seit Jahren des Mittels „sexueller Übergriff“ bedienen („Antänzer“), um Frauen zu berauben. Das ist ohne Zweifel ein Verbrechen gegen Frauen, erlaubt es aber nicht, von Hunderten von Vergewaltigungen oder Massenvergewaltigungen vor dem Kölner Dom zu schreien und zu schreiben. Wobei Mann/Frau wissen muss, dass es nach deutschem Recht „kein Straftatbestand ist, Frauen an die Brust zu fassen! Würden sich Frauen mit einer

Ohrfeige wehren, geschähe das nicht aus einer Notwehrsituation heraus, und der Grapscher könnte die Frau wegen Körperverletzung anzeigen“, so Hilal Sezgin.

Aber endlich hatten alle, die schon immer wussten, wie „der Araber so tickt“, ihren willkommenen Anlass, sich als Frauenrechtler auszugeben, Demos gegen Flüchtlinge zu machen und Bürgerwehren zu gründen, um „unsere Frauen“ vor dem „arabischen Sex-Mob“ zu beschützen.

In den 4 Wochen nach dem 1.1.2016 gab es im Fernsehen 11 Talkshows zum Thema „Gewalt durch Ausländer/Flüchtlinge...“, in denen regelmäßig gegen die „Fremden“ gehetzt werden durfte. Gleichzeitig wurde eine geradezu hysterische Angst vor Flüchtlingen verstärkt und verbreitet. Keine einzige Talkshow beschäftigte sich mit dem Thema „Täglich 5 Brandstiftungen und Gewaltmaßnahmen gegen Flüchtlinge durch Biodeutsche.“ Die Angst

dieser Menschen interessiert nicht. In den Printmedien und zahlreichen digitalen Netzwerken das gleiche Bild! Ist es da wirklich verwunderlich, dass es auch in Bochum Bürgerwehren mit besten Verbindungen nach Rechtsaußen gibt?

Übrigens: Lange bevor es die Flüchtlingsbewegungen gab, gaben in vielen Untersuchungen 50 - 80 % der (deutschen) Frauen an, sexuelle Gewalt schon erfahren zu haben, übrigens ca. 30 % durch die eigenen (biodeutschen) Väter, Onkel, Opas, Brüder, nicht nur Silvester...

Allein an „Weiberfastnacht“ wurden allein in Düsseldorf bis zu den Tagesthemen um 22.00 Uhr (die Karnevalsnacht fing gerade erst an!) schon 50 sexuelle Übergriffe durch Biodeutsche Männer gemeldet. Hatten sich diese Deutschen beim „arabischen Sex-Mob“ infiziert?

Wolfgang Dominik

Antifaschistische Stadtrundgänge

Die VHS bietet auch in diesem Semester drei „antifaschistische Stadtrundgänge“ an, jeweils unter Leitung von Wolfgang Dominik, VVN - BdA.

Sonntag, 24.4., 14.00 Uhr ab Glocke Rathausplatz:

Bochum im Faschismus

Verschiedene Orte in der Innenstadt bieten lebendige Erinnerungen an den Weg in die faschistische Diktatur und ihre Praxis im Alltag gegen Bochumer*innen, die Widerstand leisteten. Aber wie häufig war dieser Widerstand? Wie schnell machte die Mehrheitsgesellschaft jubelnd oder klammheimlich mit? Wie erging es den Parteien, Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Organisationen und Gruppen?

Sonntag, 22. 5., 14.00 Uhr ab Glocke Rathausplatz

Jüdisches Leben in Bochum vor, während und nach dem Faschismus

Schwerpunkt des Rundgangs werden Stolpersteine, Stelen, Orte sein, die besonders an jüdisches Leben, Diskriminierung, Verfolgung, Flucht und Vernichtung erinnern. Welche politischen und religiösen Vorurteile waren Vor-

aussetzung des zunehmenden Terrors gegen die jüdischen Bochumer*innen? Wie verhielten sich Mitglieder von Parteien, Kirchen, anderen Gruppen zu der antisemitischen Hetze und Verfolgung ihrer Nachbarn? Wie sah jüdisches Leben vor dem Faschismus und vor allem nach der Befreiung vom Faschismus aus?

Sonntag, 12.6., 14.00 Uhr ab Gewerkschaftshaus (Jahrhunderthaus), Allee-str. 80

Alle Räder rollen für den Sieg – Zwangsarbeit und Kriegswirtschaft in Bochum

Nach 1945 konnte sich niemand erinnern und wusste nicht, was es über die ca. 32.000 Zwangsarbeiter*innen in Bochum zu sagen gäbe. Wann und woher kamen diese Menschen? Wie erging es ihnen in Bochum? Wo waren die KZ-ähnlichen Lager in Bochum? Welche „Entschädigungen“ wurden wann an wen gezahlt? Da der Bochumer Verein als „nationalsozialistischer Musterbetrieb“ mehrfach ausgezeich-

net wurde, wird ein Schwerpunkt beim Gang durch Stahlhausen und entlang des Bochumer Vereins diese große faschistische Rüstungsschmiede sein. Einige Stolpersteine finden sich auch in Stahlhausen.

Alle Rundgänge dauern bis ca. 16.15 Uhr. Die VHS bittet unter Voranmeldung unter Tel.: 910 - 1555 und verlangt jeweils eine Teilnahmegebühr von 5 Euro, erm. 3 Euro. Die Rundgänge finden bei jedem Wetter statt.

Für die Rechte der Flüchtlinge

Die VVN - BdA Bochum erklärte sich solidarisch mit den Flüchtlingen im Camp auf dem Rathausplatz.

Auch für sie und alle anderen Flüchtlinge gilt der Art. 1 des Grundgesetzes: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Seit über einem halben Jahr werden den Geflüchteten die Rechte der Genfer Konvention weitgehend vorenthalten.

AfD:

Das böse Erwachen

Immer mehr Menschen fliehen vor Kriegen und Wirtschaftskriegen, an denen Deutschland führend beteiligt ist. Biodeutsche aller Schichten werden durch Lohndumping, neue Armutsdekrete, Angst vor sozialem Abstieg, Arbeitslosigkeit in noch größere ökonomische Unsicherheiten gedrängt. Die „Agenda 2010“ bringt für viele immer neue soziale Grausamkeiten.

Wie immer suchen und finden Politiker*innen und Medien einen Sündenbock, den „man“ den Bürger*innen als Ursache für sinkende Renten, Wohnungsnot, Perspektivlosigkeit präsentieren kann. Sexuelle Übergriffe, die nach deutschem (Männer-)Recht gar keine waren, werden rassistisch instrumentalisiert. „Die Flüchtlinge“ kommen gerade recht. Ob die Hasspredigten von Leuten wie Frauke Petry oder der Juristin Beatrix von Storch schlimmer sind als die von Politiker*innen „der Mitte“, ist eine offene Frage. Tatsache ist, dass AfD und Pegida scheinbar wirken, weil viele Politiker der Regierungsparteien längst bestimmte Parolen übernommen, falls sie nicht selbst die Steilvorlagen geliefert haben.

Die extreme soziale Ungleichheit, die Schere zwischen wachsendem Reichtum weniger und der damit verbundenen größer werdenden Armut vieler Menschen klafft in Deutschland mehr als in anderen kapitalistischen Ländern auseinander.

Da auf die wirklichen Ursachen der Flucht von Millionen Menschen aus ihrer Heimat nicht hingewiesen wird, verkürzen Politiker*innen und Medien die Ursachen auf „die Flüchtlinge“.

Bisher ca. 1.500 Attacken, einschließlich Brandanschlägen, große rassistische Demos und unglaublich viele Hetzreden gegen die Ärmsten der Armen sind das Ergebnis. „Grenzen dicht“, „Schießbefehle gegen Flüchtlinge“ u. ä. werden offen oder klammheimlich diskutiert.

Laut WAZ vom 8.2.2016 finden fast 1/3 unserer Mitbürger*innen den Schusswaffengebrauch beim unerlaubten Grenzübertritt von Flüchtlingen in Ordnung! Das führt zu eigentlich nicht überraschenden Wahlerfolgen der AfD. Aber es war nicht die AfD, die den schwarzen Pfarrer Olivier Ndjimba-Tshiende aus Bayern verjagt hat!

Faschismus, dazu gehört immer auch Rassismus, kommt aus der Mitte der Gesellschaft – das war nie anders. Wenn das jetzt schon Fernsehkommentator*innen entdecken, haben sie endlich die uralten Dokumente der VVN - BdA gelesen.

Die AfD jagt trotz ihres radikal neoliberalen Programms, das allein den Banken und Monopolen dient, von einem Erfolg zum anderen. Ihre Hassprediger*innen werden von Talk-Show zu Talk-Show gereicht und dürfen dann dort vom Leder ziehen. Die wichtigsten faschistischen Sätze aus ihren Reden werden auch im Wortlaut in der Tagesschau gezeigt. Immer wieder – und dann folgt direkt die große Verwunderung der Moderator*innen, wie so was wie die Brandanschläge denn wohl zustande kommen. Politiker*innen werden interviewt, die ihr großes Verständnis über die ach so großen Ängste der Biodeutschen mitteilen und ohne Obergrenzen (an ertrunkenen oder erfrorenen Menschen?), Ausbau der Festung Europa, Grenzschließung... Dass Lohnraub, Abbau des Mindestlohns, Abbau von Sozialhilfeleistungen, sonstige Schikanen für die Armen in diesem Land einschließlich Zwangsarbeit und noch mehr Wohltaten für die Reichen Parteiprogramm der AfD sind, bekommen die AfD-Wähler*innen nicht mit. Die AfD befindet sich mit ihren rassistischen Stammtischparolen in „guter“ Gesellschaft. Keineswegs erst nach dem 31.12. in Köln tobt ein Krieg um noch härtere Maßnahmen gegen Flüchtlinge. Und tatsächlich erfüllen die sog. Asylgesetzkpakete, die schnell fast ohne Diskussion verabschiedet wurden, viele Forderungen der bürgerlichen Parteien und der AfD, in der ja ein Ex-CDU-Staatsekretär und ein ehemaliger FAZ-Redakteur wichtige Rollen spielen. Leider sind extrem national-konservative, homophobe, den Faschismus möglichst aus dem Geschichtsunterricht eliminierende Positionen wie auch eine radikal mittelalterliche Familienpolitik nicht ein Alleinstellungsmerkmal der AfD. Aber die AfD zeigt mit zahlreichen Äußerungen ihrer führenden Politiker*innen faschistische Positionen, die dann in vielen Pegida-Demos und in der Anwendung von physischer und psychischer Gewalt gegen Flüchtlinge sich widerspiegeln. Der Weg in eine ultrarechte oder faschistische Republik bekommt mit der AfD eine neue „Qualität“, weil hier

eine rassistische, völkische, stramm chauvinistische und neoliberale Partei demnächst in den Parlamenten ihr Unwesen treibt.

Wolfgang Dominik

Contra AfD Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“ positioniert

Das Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“ wendet sich gegen das Erstarken rechter Bewegungen in Deutschland und will öffentlich gegen den von der Partei AfD mitverursachten Rassismus eintreten.

Die AfD bereitet ebenso wie Pegida und andere Organisationen den geistigen Nährboden, der „Biedermänner zu Brandstiftern“ werden lässt. In Deutschland entwickelte sich eine „neue Dimension der Gewaltbereitschaft“, die „bis tief in die Mitte“ hineinreicht, so eine Mitteilung der Initiative. Die AfD stehe für ein „rassistisch-neoliberales Weltbild“. Die AfD liefere auf eine sich in der Globalisierung verändernde Welt „völkische und rassistische Antworten“, die auf eine Zerstörung der offenen Gesellschaft hinausliefen. Die Website aufstehen-gegen-rassismus.de soll helfen, bundesweit engagierte Bürger*innen gegen den Auftrieb rechter Kräfte zu vernetzen.

Zu den bisherigen Unterzeichner*innen des Aufrufes zählen Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD), Politiker*innen der Linken, der Grünen, der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske, der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime, Ayman Mazyek, der Musiker Konstantin Wecker, Attac Deutschland, Überlebende des Konzentrationslagers Auschwitz, Mitglieder der VVN - BdA und viele andere.

Weitere Infos auf:

www.aufstehen-gegen-rassismus.de

vvn-bda-bochum.de

Antifaschistische Initiativen und Organisationen: Landeskonzferenz in Solingen

Bereits zum 31. Mal initiierte die VVN - BdA eine landesweite Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen, die unter dem Titel „Es ist deutsch in Kaltland – ODER? Zukunft Antifaschismus“ stand. Weit über einhundert Teilnehmende aus Nordrhein Westfalen diskutierten am 30. Januar im COBRA-Kulturzentrum Solingen aktuelle Aufgaben der Bewegung im sozialen, juristischen und generell im öffentlichen Bereich.

Das im Anschluss an die Konferenz stattfindende Konzert „Rock gegen Rassismus“ war Höhepunkt des Tages für viele Jugendliche.

Die Halle des COBRA war fest in der Hand der Antifaschistinnen und Antifaschisten. Zwei erstklassige Nachwuchsbands und die Punkrocker Schmutzki aus Stuttgart feuerten die randvolle Halle an.

Die unter dem Motto „Es ist deutsch in Kaltland – ODER?“ stehende Konferenz wurde durch den Landessprecher der VVN - BdA Falk Mikosch eröffnet. Seine Eröffnungsrede war voller aktueller Bezüge wie: „Die Kanzlerin Angela Merkel sagte jetzt anlässlich der Einweihung einer Ausstellung mit Bildern aus Vernichtungslagern ‘Das, was geschehen ist, für immer im Gedächtnis behalten, das Andenken an die Opfer zu bewahren und uns mit ganzer Kraft für das Nie wieder! einzusetzen.’ Leider setzt Merkel dieses ‘Nie wieder!’ nicht auch der Kriegsbeteiligung entgegen. Über 130 Milliarden Euro will die Bundesregierung in den nächsten 15 Jahren ausgeben, um noch mehr Krieg zu führen. Dem setzen wir unser ‘Nie wieder!’ entgegen.“

Falk Mikosch wies auf die zentrale Fluchtursache ‘Krieg’ hin. Er kennzeichnete die antifaschistische Bewegung auch als Teil der Friedensbewegung.

In einem Workshop bearbeiteten die Teilnehmenden Zusammenhänge zwischen der sozialen Frage und Rassismus. Die fatalen Wirkungen von Lebensumständen, die ohnmächtig machen und Präkarisierung, bis hin zur Affinität für rassistisches Gedankengut wurden diskutiert. Die Konsequenz einer sozialen Politik, Alternativen wie das bedingungslose Grundeinkommen und generell eine antikapitalistische Politik waren Thema. Letztlich drängt der Kapitalismus vor allem in Krisenzeiten immer zur Demontage sozialer Rechte mit allen Folgen für die Opfer.

Juristische Dimension des Demonstrationsrechtes wurden in einem weiteren Workshop diskutiert. Hier ging es um Hilfen für die Demokratinnen, Demokraten durch Juristinnen, Juristen aus der Bewegung, um willkürlichen Entscheidungen qualifizierte Antworten entgegenzusetzen zu können.

In der Arbeitsgruppe ‘Kinder des Widerstands’ stellten fünf Kinder antifaschistischer Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer die Notwendigkeit heraus, die Bildungsarbeit in den Schulen und in der Jugend allgemein mit antifaschistischer Aufklärung zu bereichern.

Die Aufklärung über die Vernetzung der Neonazis und über ihre gefährliche Propaganda hatte eine weitere Arbeitsgruppe zum Schwerpunkt. Viele Teilnehmende, die sich bisher kaum mit sozialen Netzwerken und ihrer Bedeutung beschäftigt hatten, nahmen sich vor, hier stärker Themen zu setzen.

Die Arbeitsgruppe über die Rolle der Sprache wurde von Lennard Surmann vom Duisburger Institut für Sozialforschung moderiert. Kernaussage war: „Demokratinnen und Demokraten haben im antifaschistischen Kontext die Aufgabe, sich gegen alle noch so versteckten Abwertungen durch entindividualisierende Gruppenzuordnungen zu stellen. Sie haben auch mit jenen zu reden, die nicht privilegiert sind und die Ziel rechtspopulistischer Propaganda sind.“

Die sehr gute Beteiligung in den insgesamt sechs Arbeitsgruppen zeigte, dass es einen großen Bedarf an Diskussion über das wie weiter in der antifaschistischen Bewegung gibt. Auch die große Beteiligung vor allem Jugendlicher am Konzert Rock gegen Rassismus, abends, bewies das große antirassistische und antifaschistische Potential, das vorhanden ist. Dieses Potential gilt es in Bewegung zu bringen.

Workshop: Waffenhandel und Rüstungskonversion

Einen Workshop unter dem Thema „Stopp von Waffenhandel und Perspektiven der Rüstungskonversion“ führte die Gruppe „Gewerkschafter für Frieden und Solidarität“ Mitte März in Bochum durch.

Anne Rieger, ehem. Bevollmächtigte der IG Metall und Mitglied im Bundesausschuss Friedensratschlag referierte zum Thema „Zivile Technik statt Waffen – Was geht schon und wie geht noch mehr?“. „Wer Waffen sät, wird Flüchtlinge ernten“ war das Thema von Jürgen Grässlin, Buchautor und Sprecher der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“.



An die beiden Vorträge schloss sich eine lebhaft und informative Diskussion an. „Die politische Gefahr, dass die demokratie- und flüchtlingsfeindliche AfD in Parlamente einzieht, wächst. Vor diesen Hintergründen wurden Argumente für eine andere Politik gesammelt und über Alternativen, auch zur Rüstungsproduktion, gesprochen. Wir wollen dies in die Friedensaktionen, den 1. Mai und den Antikriegstag einbringen“, teilt die Initiative mit.

sing

Bundeswehr: Ab Sommer 2016 im Baltikum

Die BRD will nach Angaben des Befehlshabers der estnischen Streitkräfte im Sommer 2016 Soldaten in den baltischen Staaten stationieren. »Die Deutschen werden im Juli hier ankommen«, heißt es. Estlands Regierungschef Taavi Rõivas hatte bereits im Frühjahr eine dauerhafte Stationierung deutscher Truppen im Baltikum gefordert.

jw

Gedenken

Kapp-Lüttwitz-Putsch und Märzrevolution: Erinnerung und Solidarität mit Flüchtlingen

Auch in diesem Jahr wurde am 20. März in Bochum-Werne mit einer Kranzniederlegung an die Opfer des rechten Kapp-Lüttwitz-Putsches von 1920 und des antifaschistischen Widerstandskampfes von 1933 – 1945 erinnert.

In seiner Gedenkrede auf dem Werner Friedhof sagte Günter Gleising, Vorsitzender der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN - BdA) Bochum:



„Der Generalstreik und der Kampf gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch bleiben ein bedeutsames Kapitel der deutschen Geschichte. Die Erkenntnis, dass die Aktionseinheit der Arbeiterklasse im Zusammenspiel mit dem Bündnis zahlreicher bürgerlicher Kräfte die Kraft geschaffen hat, die den Putsch beenden konnten, ist bedeutsam bis in die heutigen Tage.“ Er erinnerte auch an Brechts Worte: „Der Schoß ist fruchtbar noch aus dem das kroch.“

Zur aktuellen Situation führte Gleising aus: „Die Arbeiterbewegung war immer auch eine internationale Bewegung. Internationale Solidarität muss heute auch heißen sich für Flüchtlinge einzusetzen“. Die „internationale Staa-

tengemeinschaft“ zeige heute ihr hässlichstes Gesicht. „Damit meine ich die unerträglichen Zustände und Verhältnisse in Idomeni (Griechenland) und anderen Orten genauso, wie den Menschenhandel, wie er jetzt mit dem reaktionären und autoritären Regime in der Türkei vereinbart wurde. ...

Es war und ist eine Aufgabe der Arbeiterbewegung nicht nur mit Flüchtlingen solidarisch zu sein. Es muss auch eine Aufgabe für die Organisationen der Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften und aller fortschrittlichen Organisationen sein, Flüchtlinge zu gewinnen und zu integrieren, sie nicht reaktionären Ideologien zu überlassen.“

M.N.

Hoffnung auf Zukunft – Flüchtlinge in Bochum

Ausstellung im Juni in Bochum

Am 5. Juni 2016 wird um 11.00 Uhr im Stadtarchiv eine Ausstellung „Hoffnung auf Zukunft – Flüchtlinge in Bochum“ eröffnet. Worum geht es?

Die eigene Figur künstlerisch gestalten. Zukunftsträume als Zukunftsbox kreativ entwerfen. Über Verbindendes sprechen: den Frieden in der Welt, Wünsche, Pläne, persönliche Ziele. Das war das Programm des Bildungsträgers Werkstatt gGmbH für 19 junge Frauen und Männer, die als Flüchtlinge aus zehn verschiedenen Ländern nach Bochum gekommen sind. In einem zehnwöchigen Lehrgang lernten sie praxisorientiert die deutsche Sprache kennen, absolvierten einen Computerkurs

und Berufspraktika und wurden von einer Köchin aktiv in die deutsche Küche eingeführt.

Die Ausstellung präsentiert die in dem Projekt entstandenen künstlerischen Arbeiten. Hinzu kommen Interviews mit sechs Teilnehmer/innen der Gruppe – vier Männern und zwei Frauen –, in denen sie sich Fragen nach Herkunft, Flucht und ihren Zukunftserwartungen stellen und selbstbewusst Position beziehen, trotz (noch) bestehender Sprachprobleme.

Einen weiteren Stolperstein stiftete die VVN - BdA Bochum



Der zum Jahresende verlegte Stein erinnert an Karl Rostek, der 1944 bei der Bergung eines Blindgängers im Hydrierwerk in Gelsenkirchen umgekommen ist.

70. Jahrestag Broschüre: Befreiung vom Faschismus

Zum 70. Jahrestag gab es, wie auch in den anderen Jahren, wieder den Rundgang zu Ehren der Opfer des Faschismus und Erinnerung an den Widerstand gegen den Faschismus auf dem Hauptfriedhof Freigrafendamm in Bochum.



Inzwischen ist die Broschüre hierzu erschienen. In ihr sind fast alle gehaltenen Reden enthalten, so auch die unseres Vorstandsmitgliedes Michael Niggemann. Fotos dokumentieren diese eindrucksvolle Veranstaltung. Die Broschüre ist unter anderem bei den Veranstaltungen der VVN - BdA Bochum erhältlich.



Weitere Infos zum Thema: www.vvn-bda-bochum.de